Morgen-Ausgabe Nr. 482 Donnerstag, 13. Oktober 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgeb. bei tägl. zweimal. Zustellung frei Haus monatl. RM. 3.20; Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,06 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerh. Dresdens mit Abendausg. 10 Rpf.; außerh. Sachsens m. Abendausg. 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Japanische Note gegen jede Einmischung in China

Keine Haftung für Schädigung fremden Eigentums

Tokio, 12. Oktober.

Ministerpräsident Fürst Konoe ließ am Mittwoch in seiner Eigenschaft als Außenminister den diplomatischen Vertretern in Tokio eine offizielle Note zugehen. In dieser Note werden die betreffenden Regierungen ersucht, in Zukunft die Benutzung ausländischen Eigentums als Operationsbasis durch chinesische Truppen in Südchina unmöglich zu machen; widrigenfalls müßte die japanische Regierung jegliche Verantwortung für die eventuelle Schädigung ausländischen Eigentums ablehnen. Im eigenen Interesse scheine es daher geboten, daß sich die fremden Mächte sämtlicher Handlungen enthalten, die bei den japanischen Truppen den Eindruck einer Einmischung zugunsten Tschiangkaischeks erwecken könnten.

Ferner richtet die japanische Regierung an die in Frage kommenden Mächte den dringenden Wunsch, nach Möglichkeit von sämtlichen Bewegungen ihrer Truppen und Schiffseinheiten in den Gebieten Südchinas während der Dauer der japanischen Operationen abzusehen. Nur auf diese Weise könnten unvorhergesehene Zwischenfälle zwischen diesen Mächten und der japanischen Wehrmacht vermieden werden. Sollten jedoch zwingende Gründe für Truppenbewegungen der fremden Mächte vorliegen, so würden in jedem Falle die japanischen Behörden zehn Tage vorher davon in Kenntnis zu setzen sein.

Die japanische Regierung habe im übrigen das feste Vertrauen, daß keine der ausländischen Mächte den chinesischen Truppen die Erlaubnis zur Benutzung ihrer Hoheitsgebiete und Luftzonen erteilen werde. Ein derartiges Ansinnen Chinas läge aber durchaus im Bereich der Möglichkeiten. Die Note des japanischen Außenministers erinnert schließlich an die am 20. Juni bekanntgegebene Gefahrenzone im chinesischen Kriegsgebiet. Es wird nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Schiffe ausländischer Staaten deutliche Kennzeichen führen müssen. Sämtlichen Personen fremder Nationalität wird von den japanischen Behörden dringend nahegelegt, das bezeichnete Gebiet möglichst umgehend zu verlassen.

Der tschechische Außenminister kommt nach Berlin

Eintreffen heute vormittag - Besuch bei Reichsminister v. Ribbentrop

Berlin, 12. Oktober.

Der tschecho-slowakische Außenminister Chvalkovsky wird am Donnerstag früh in Berlin eintreffen und sich am Vormittag in das Auswärtige Amt begeben, um dem Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop einen Besuch zu machen.

Sonderbeauftragter für den Parteiaufbau

Berlin, 12. Oktober.

Der Stellvertreter des Führers hat als seinen Beauftragten für alle Fragen des Parteiaufbaues in den sudetendeutschen Gebieten den Reichsamtsleiter in seinem Stabe, Albert Hoffmann, bestimmt. Reichsamtsleiter Hoffmann tritt zum Stabe des Reichskommissars für die sudetendeutschen Gebiete, Konrad Henlein.

Tschechische Neuwahlen Mitte November

Prag, 12. Oktober.

An der Spitze des tschecho-slowakischen Staates steht gegenwärtig eine aus 21 Mitgliedern bestehende Regierung. Nach der noch in Geltung befindlichen Verfassung sollte die Wahl des Staatspräsidenten innerhalb von 14 Tagen nach dem Rücktritt Beneschs erfolgen. Aus diesem Grunde bildeten die Neuwahlen auch öfter den Gegenstand der Ministerberatungen; amtlich wurde aber bekanntgegeben, daß die Regierung Sirovy die Geschäfte weiterführen wird und die Neuwahlen aus diesem Grunde verschoben hat.

Wie der heutige „Expreß" meldet, dürften die Neuwahlen Mitte November durchgeführt werden. Die Kandidatenfrage ist noch nicht behandelt worden, möglicherweise dürfte der neue Präsident ein Mann des Wirtschaftslebens sein.

Das Schicksal der deutschen Kliniken in Prag

Prag, 12. Oktober.

Die Lage an den deutschen Kliniken in Prag hat noch immer keine erträgliche Lösung erfahren. Es wurden jetzt auch die letzten deutschen Sekundarärzte fristlos entlassen, wobei sie auch ihre Dienstwohnungen innerhalb weniger Stunden räumen mußten. Ferner wurden weiter zwölf deutsche Schwestern fristlos entlassen, so daß insgesamt 58 deutsche Schwestern von den Maßnahmen der Behörden betroffen sind. Einem der vom Urlaub zurückgekehrten Professoren wurde die Arbeit an seiner Klinik unmöglich gemacht. An der Ohrenklinik des Professors Amersbach wurde das dort befindliche Radium entfernt.

Zyperns Bevölkerung bekennt sich zu Griechenland

Ein Schreiben an Chamberlain um Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts

Athen, 12. Oktober.

Vertreter der zypriotischen Organisationen in Athen haben der englischen Gesandtschaft ein Schreiben an Ministerpräsident Chamberlain übergeben, in dem sie für das zypriotische Volk die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts verlangen. Die Bewohner der seit 1925 von England besetzten Insel Zypern hätten seit jeher für ihre Vereinigung mit dem Mutterlande Griechenland gekämpft. Das Schreiben schließt mit den Worten: „Wir haben die Ueberzeugung, daß die hohen Prinzipien der Menschlichkeit, die in den letzten Tagen so leuchtend offenbart wurden, auch für das zypriotische Volk durchgeführt werden können."

*

Die Insel Zypern, die bis zur Mittelmeerkrise des vergangenen und Anfang dieses Jahres im Verband des britischen Imperiums nur eine wenig beachtete Stellung eingenommen hat, wurde von Disraeli im Jahre 1878 für Großbritannien erworben. Bis zu dem Zeitpunkt, da Italien seine Lebensrechte im Mittelmeer anmeldete, und Rhodos, die Hauptinsel des italienischen Dodekanes, zu einem gewichtigen Bollwerk im östlichen Mittelmeer ausbaute, war Zypern der Aufenthalt der aus den Kolonien auf Urlaub gehenden englischen Beamten. Ferner galt es als klimatische Zwischenstation für die nach Indien bestimmten englischen Truppen. Nach einer englischen Quelle betrug die Stärke der für den Schutz der Insel hier stationierten Truppen noch im Jahre 1936 (!) nur eine Kompanie britischer Infanterie von 180 Mann. Erst durch die Anmeldung der Ansprüche des römischen Imperiums durch Mussolini, der in einer Rede gesagt hat, das Mittelmeer bedeute für Italien das Leben, hat sich das Interesse der Engländer der Insel Zypern zugewandt, um so mehr, als der strategische Wert Maltas durch die italienischen Befestigungen auf der Insel Pantelleria und die Entwicklung der Luftwaffe ziemlich illusorisch geworden ist. Deshalb wurde Zypern mit allen Kräften zu einem außerordentlich starken Stützpunkt der britischen Luftwaffe und Flotte ausgebaut. Von weiterer Wichtigkeit ist Zypern in seiner Bedeutung als Flankenstellung für Englands Interessen in Kleinasien. In zwei Stunden können englische Flugzeuge die Strecke zwischen Zypern und Port Said bewältigen, in 80 Minuten können sie die Küste Kleinasiens erreichen und in einer Stunde können britische Bombenflugzeuge über Haifa und der Pipe-line erscheinen und dort Englands Interessen mit Nachdruck unterstreichen. Auch aus der Vorwerkstellung Zyperns dem Suezkanal gegenüber geht der unendlich wichtige strategische Wert dieser Insel für die Interessen des britischen Imperiums im Mittelmeerraum und im Nahen Osten hervor.

Beileid des Führers zum Flugzeugunglück

Berlin, 12. Oktober.

Bei dem furchtbaren Unglück des belgischen Flugzeuges bei Soest in Westfalen sind auch drei führende Männer der Firma Rheinmetall ums Leben gekommen. Der Führer hat der Firma zu dem schweren Verlust, den das Werk dadurch erlitten hat, telegraphisch seine aufrichtige Anteilnahme ausgesprochen mit der Bitte, sein Beileid auch den Familien der Verunglückten zu übermitteln.

Botschafter Togo geht nach Moskau

Tokio, 12. Oktober.

Der bisherige Botschafter Japans in Berlin, Exzellenz Togo, ist zum Botschafter in Moskau ernannt worden. Die Zustimmung der Sowjetregierung zu dieser Ernennung ist bereits im Außenamt in Tokio eingetroffen.

Der französische Gewerkschaftspapst bei den Tschechen. Der Generalsekretär des marxistischen Gewerkschaftsverbandes Frankreichs, Jouhaux, hat sich am Mittwoch auf dem Luftwege nach Prag begeben.

Was wird in Spanien?

Die tschechische Frage, die noch vor zwei Wochen eine Weltkatastrophe auszulösen drohte, ist heute von der Ebene der großen Politik verschwunden, um auf einer begrenzteren, weniger dramatischen endgültig geklärt zu werden. Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit wendet sich — in fast genauer Uebereinstimmung mit dem Aktualitätsgesetz der amerikanischen Publizistik, nach dem keine Sensation länger dauert als eine Woche — wieder anderen Fragen zu. Für Europa steht jetzt das spanische Problem und seine Hintergründe im Mittelpunkt der Betrachtungen. Die Münchner Einigung hat sich bekanntlich nicht auf die Liquidierung der tschechischen Frage beschränkt. Wenngleich die vier Staatsmänner schon wegen der Kürze der Zeit die großen europäischen Probleme, die noch der Lösung harren, nur ganz oberflächlich streifen konnten, so wurde doch wenigstens in psychologischer Beziehung die Voraussetzung geschaffen, einen neuen Anlauf zur Ueberwindung der Gegensätze zu machen, die seit drei Jahren die Westmächte einerseits und die Achsenmächte anderseits trennen. In allen beteiligten Ländern — wobei Deutschland aus geopolitischen Gründen nicht in gleichem Maße interessiert ist wie Italien, England und Frankreich — ist man sich darüber einig, daß das Münchener Eisen geschmiedet werden muß, solange es heiß ist. Es sind deshalb bald nach dem Abkommen über die tschechische Frage Verhandlungen in Gang gekommen, die eine endgültige Bereinigung im westlichen Mittelmeer bringen sollen.

Die spanische Frage hat zwei Seiten, eine militärische, durch die Auseinandersetzung zwischen Ordnung und Chaos auf der Pyrenäenhalbinsel bezeichnete, und eine weltpolitische, bei der es um die Macht im Mittelmeer geht. So tragisch der Bruderkrieg einer großen Nation ist und so furchtbar die Opfer sind, die das spanische Volk in dem schon über zwei Jahre währenden Bürgerkrieg gebracht hat — entscheidend für den Ausgang des Kampfes ist letzten Endes die zweite, die weltpolitische Seite der Angelegenheit. Es geht in Spanien ja um viel mehr als um die Regierungsform eines Landes. Es geht hier um Weltmächte und Weltreiche, deren Kraftlinien sich im westlichen Mittelmeer schneiden und für die der Krieg in Spanien zum Kristallisationskern ihrer zukünftigen Entwicklung geworden ist. Die spanische Frage datiert eigentlich seit dem Beginn des Abessinienkrieges, der nach anderthalb Jahrhunderten unbestrittener englischer Vorherrschaft neue Machtverhältnisse im Mittelmeer geschaffen hat. Neben das Empire trat das Imperium, und wenngleich es zu keiner militärischen Kraftprobe zwischen den beiden Weltreichen kam, mußte doch — so oder so — eine Klärung der Machtverhältnisse und ein Ausgleich der Einflußzonen erfolgen. Das geschah am 16. April dieses Jahres in den sogenannten Osterverträgen, die zwischen England und Italien geschlossen wurden. Das Inkrafttreten dieser neuen Charta des Mittelmeeres war jedoch an eine Bedingung geknüpft, die bis heute unerfüllt geblieben ist: die Bereinigung der spanischen Frage. Während Italien darauf bestand, daß ein nationales Spanien aus dem Bürgerkriege hervorgehen müsse, machte England die Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen zur Bedingung.

Ein halbes Jahr ist vergangen, ohne daß diese conditio sine qua non erfüllt wurde. Das Münchner Zusammentreffen der vier Staatsmänner hat nun einen neuen Anstoß gegeben. Italien kann auf eine Handlung verweisen, die seinen guten Willen bezeugt. Es hat im Einverständnis mit General Franco 10 000 Freiwillige aus Spanien zurückberufen, die seit 18 Monaten und länger gegen die Roten kämpfen. Damit verlieren die Nationalen ein volles Drittel ihrer ausländischen Hilfskräfte. Der Abtransport zum Mittelmeer hat bereits begonnen, und am 20. Oktober wird man in Neapel Zeuge sein können, wie der König und Kaiser diese 10 000 Italiener in der Heimat willkommen heißt. Rom hat damit eine Geste gemacht, die voll gewürdigt werden muß. Es ist nämlich sehr die Frage, ob die Roten in gleich fairer Weise nun auch ihrerseits 10 000 Freiwillige nach Hause schicken. Was man von den Valencia- und Barcelona-Bolschewisten in dieser Beziehung bisher erlebt hat, ist wenig verheißungsvoll. Immer wieder haben sie versucht, durch Täuschungen und Fälschungen eine wirksame Erfassung ihrer Ausländer zu verhindern, deren Zahl heute auf 50- bis 60 000 geschätzt wird, während Franco nach dem Rücktransport der 10 000 Italiener nur noch über 20 000 ausländische Freiwillige verfügt.

Selbst wenn man annimmt, daß nun auch die Roten ein entsprechendes Aufgebot von Ausländern nach Hause schicken und daß der spanische Krieg nach und nach wirklich zu einer spanischen Angelegenheit wird — selbst dann gibt es noch Schwierigkeiten in Hülle und Fülle, die einer endgültigen Regelung im Wege stehen. In England wurden kürzlich Versuchsballons gestartet, nach denen der Gegensatz zwischen Bolschewismus und Nationalismus in Spanien durch ein Kompromiß überwunden werden soll. Ein